



© DRSC e.V. || Zimmerstr. 30 || 10969 Berlin || Tel.: (030) 20 64 12 - 0 || Fax.: (030) 20 64 12 - 15
www.drsc.de - info@drsc.de

Diese Sitzungsunterlage wird der Öffentlichkeit für die FA-Sitzung zur Verfügung gestellt, so dass dem Verlauf der Sitzung gefolgt werden kann. Die Unterlage gibt keine offiziellen Standpunkte der FA wieder. Die Standpunkte der FA werden in den Deutschen Rechnungslegungs Standards sowie in seinen Stellungnahmen (Comment Letters) ausgeführt.
Diese Unterlage wurde von einem Mitarbeiter des DRSC für die FA-Sitzung erstellt.

IFRS-FA – öffentliche Sitzungsunterlage

Sitzung:	06. IFRS-FA / 03.07.2012 / 11:00 – 11:45 Uhr
TOP:	08 – DI/2012/1 - Levies Charged by Public Authorities on Entities that Operate in a Specific Market
Thema:	Vorbereitende Diskussion zur Erarbeitung einer Stellungnahme
Papier:	06_08a_IFRS-FA_DI_2012_1_Diskussion

Hintergrund und Überblick

- 1 Am 31. Mai 2012 hat das IFRS Interpretations Committee den Entwurf einer Interpretation **DI/2012/1 Levies Charged by Public Authorities on Entities that Operate in a Specific Market** veröffentlicht (Von Behörden erhobene Gebühren für das Tätigsein von Unternehmen in spezifischen Märkten).
- 2 In der zugehörigen Pressemitteilung wurde der Gegenstand des Entwurfs wie folgt beschrieben: Behörden erheben teilweise Gebühren (*levies*), wenn Unternehmen in spezifischen Märkten tätig werden, z.B. in einem spezifischen Land, einer spezifischen Region oder in einem spezifischen Markt eines Landes. In diesem Zusammenhang war dem IFRSIC die Frage vorgelegt worden, wie die Unternehmen solche Gebühren (bei denen es sich nicht um Ertragsteuern handelt) in ihren Abschlüssen bilanziell abzubilden haben, insbesondere zu welchem Zeitpunkt die Gebühr erstmals zu erfassen ist.
- 3 In dem vorgelegten Entwurf wird vorgeschlagen, dass es sich bei dem den Ansatz der Schuld auslösenden verpflichtenden Ereignis um die Aktivität handelt, die gemäß gesetzlicher Vorschrift die Zahlung der Gebühr auslöst.
- 4 Stellungnahmen zu dem Entwurf der Interpretation sind bis zum 5. September 2012 auf der Internetseite des IASB einzureichen.
- 5 Im Rahmen seiner 5. Sitzung (31. Mai / 1. Juni 2012) hat sich der IFRS-Fachausschuss über den Gegenstand des DI informieren lassen und vorläufig entschieden, beim



IFRSIC eine Stellungnahme einzureichen.

- 6 Vor diesem Hintergrund und in Vorbereitung auf die zu erarbeitende Stellungnahme ist diese Sitzungsunterlage im Weiteren wie folgt strukturiert:

A. Entwicklungshistorie

B. Inhaltlich - materielle Betrachtung

1. Hintergrund*
2. Anwendungsbereich*
3. Fragestellung*
4. Beschluss*
5. Anlage A: Zeitpunkt des Inkrafttretens und Übergang*
6. Erläuternde Beispiele*
7. Sonstiges

C. Formelle Betrachtung

D. Im Entwurf gestellte Fragen

E. Weitere Vorgehensweise

Anlage 1 Entwicklungshistorie zu DI/2012/1

Anlage 2 Themeneingabe zu *Levies* beim IFRSIC

Anlage 3 Auszug aus dem *Handbuch zur Arbeitsweise des IFRS Interpretations Committee*

* Diese Abschnitte werden jeweils in Zusammenhang mit den entsprechenden Ausführungen in der Grundlage für Schlussfolgerungen (Basis for Conclusions) dargestellt.

- 7 Im Rahmen dieses Einstiegs in die Diskussion des vom IFRSIC vorgelegten Entwurfs werden die Ausführungen und mögliche Kritikpunkte aus Gründen der Übersichtlichkeit und zur Begrenzung des Umfangs dieser Unterlage bevorzugt in Listenform (und teilweise lediglich stichwortartig) zur Verfügung gestellt.
- 8 Auf den Entwurf der Interpretation wird in dieser Sitzungsunterlage auch unter Verwendung von „DI“ und „Entwurf“ Bezug genommen.



A. Entwicklungshistorie

- 9 Die Entwicklung und die einzelnen Schritte zur Erarbeitung des Entwurfs sind in der **Anlage 1** zu dieser Sitzungsunterlage mit Hinweisen zu den folgenden Aspekten skizziert:
- Sitzung des IFRSIC,
 - *Staff Papers* und deren Gegenstand, sowie
 - Auszug aus dem jeweils zugehörigen Ergebnisbericht (IFRIC UPDATE).
- 10 Das Interpretations Committee hat sich aufgrund einer entsprechenden Themeneingabe erstmals im Mai 2011 mit dem Sachverhalt befasst (die Themeneingabe ist als **Anlage 2** zu dieser Sitzungsunterlage beigefügt).

B. Inhaltlich - materielle Betrachtung

B1. Hintergrund

- 11 In zwei Textziffern stellt das IFRSIC den Hintergrund für die DI dar. In Textziffer 1 wird auf die Behörden (*public authorities*) eingegangen, die Gebühren (*levies*) dafür erheben, dass ein Unternehmen in einem spezifischen Markt tätig ist. Hierbei wird keine Definition der Behörden zur Verfügung gestellt, sondern es wird beispielhaft aufgezeigt, was als eine Behörde im Sinne des Entwurfs zu verstehen ist. Vor dem Hintergrund der weltweit anzuwendenden (zukünftigen) Interpretation und dem Erfordernis, in vielen verschiedenen Jurisdiktionen operabel sein zu müssen, ist es einerseits nachvollziehbar, dass keine definitorische Spezifizierung des Begriffs erfolgt. Andererseits bleibt zu befürchten, dass sich aufgrund dieses 'unbestimmten Rechtsbegriffs' eine Unsicherheit in der Anwendung der (künftigen) Interpretation ergeben könnte.

Frage zu B1:

- a) Erachten Sie es als notwendig, in der Stellungnahme eine weitergehende Konkretisierung des Begriffs '*public authority*' anzugeben?
- b) Haben Sie weitere Anmerkungen zum Hintergrund-Kapitel des DI?

B2. Anwendungsbereich

- 12 Das Kapitel zum Anwendungsbereich des Entwurfs gliedert sich in drei Paragraphen



wie im Folgenden dargestellt – jeweils mit stichwortartig aufgeführten möglichen Kritikpunkten.

13 Paragraph 3 stellt sich wie folgt dar:

The [draft] Interpretation addresses the accounting for levies that are recognised in accordance with the definition of a liability that is provided in IAS 37.

Mögliche Kritikpunkte hierzu sind:

- keine Eingrenzung mehr auf *levies* für das Tätigsein in spezifischen Märkten (ist die Erwähnung im Titel des Entwurfs, in der Hintergrunddarstellung und in Paragraph 5 ausreichend?); zumindest sollten nach hier vertretener Meinung die Paragraphen 5 und 4 in der Reihenfolge getauscht werden, so dass sich aus dem dem Paragraphen 3 unmittelbar nachfolgenden Paragraphen klar ergibt, dass Gegenstand der DI *levies* sind, die dafür zu entrichten sind, dass das Unternehmen in einem spezifischen Markt operiert (para. 5 (b)).

14 Paragraph 4 stellt sich wie folgt dar:

This [draft] Interpretation does not address the accounting for:

- (a) income taxes that are within the scope of IAS 12 Income Taxes, ie taxes based on a taxable profit (ie a net amount of revenues and expenses);
- (b) levies that are due only if a minimum revenue threshold is achieved;
- (c) fines or other penalties imposed for breaches of the legislation; and
- (d) contracts between a public authority and a private entity.

Mögliche Kritikpunkte hierzu sind:

- es sind keine konzeptionellen Gründe für den Ausschluss des Sachverhalts gem. Paragraph 4 (b) ersichtlich. In DI.BC7 geht das IC auf diesen Aspekt ein und begründet seinen Ausschluss damit, dass das Committee diesbezüglich keinen Konsens (im Sinne des *Due Process Handbook for the IFRS Interpretations Committee*: Beschlussfassung, wenn nicht mehr als vier Gegenstimmen vorliegen – siehe dort Tz. 35) erzielen konnte. Dem könnte entgegengehalten werden, dass eine wichtige Sachfrage ungeklärt bliebe und zu *Diversity in Practice* führen könnte, so dass weitere Anstrengungen gerechtfertigt erscheinen, zu dieser Frage doch noch eine Lösung anbieten zu können;
- dass auch Sachverhalte gem. Paragraph 4 (d) ausgeschlossen sind, wird in DI.BC6 noch einmal aufgegriffen – nicht jedoch begründet.

15 Paragraph 5 stellt sich wie folgt dar:



Levies within the scope of this [draft] Interpretation have the following characteristics:

- (a) they require a transfer of resources to a public authority (or to a third party designated by a public authority) in accordance with legislation (ie laws and/or regulations);
- (b) they are paid by entities that operate in a specific market as identified by the legislation (such as a specific country, a specific region or a specific market in a specific country);
- (c) they are non-exchange transactions, ie transactions in which the entity paying the levy does not receive any specific asset in direct exchange for the payment of the levy;
- (d) they are triggered when a specific activity identified by the legislation occurs (such as operating in a specific country or operating in a specific market in a specific country); and
- (e) the calculation basis of the levy uses data for the current period or a previous reporting period, such as the gross amount of revenues, assets or liabilities.

Mögliche Kritikpunkte hierzu sind:

- wie bereits oben analog zum Begriff ‘Behörden‘ angemerkt, ist es vor dem Hintergrund der weltweit anzuwendenden (künftigen) Interpretation und dem Erfordernis, in vielen verschiedenen Jurisdiktionen operabel sein zu müssen, einerseits nachvollziehbar, dass keine definitorische Spezifizierung des Begriffs *levy* erfolgt. Andererseits bleibt zu befürchten, dass sich aufgrund dieses ‘unbestimmten Rechtsbegriffs‘ und des Versuchs der beschreibenden Eingrenzung (*have the following characteristics*), eine Unsicherheit in der Anwendung der (künftigen) Interpretation ergeben könnte;
- es sollte eindeutig aus dem Text hervorgehen, ob die fünf genannten Charakteristika kumulativ erfüllt sein müssen oder nicht;
- zu para. 5 (a) – hier: *legislation (ie laws and / or regulations)* – es gilt der gleiche Kritikpunkt wie oben im ersten Spiegelstrich zum Ausdruck gebracht;
- zu para. 5 (b): der Begriff *paid* erscheint hier nicht sachgerecht, da es für den Ansatz der Schuld nicht darauf ankommen kann, ob ein Unternehmen die Zahlung vornimmt oder dies bspw. an ein beauftragtes Serviceunternehmen delegiert;
- zu para. 5 (c): es sind keine konzeptionellen Gründe für den Ausschluss dieses Sachverhalts ersichtlich. In DI.BC5 geht das IC auf diesen Aspekt zwar ein,
 - ◆ begründet ihn aber nicht,
 - ◆ stellt (vermeintlich) fest, dass der DI die Mehrzahl der hier diskutierten *levies* erfasst, und
 - ◆ weist darauf hin, dass Ermessensausübungen zur Beurteilung notwendig sind, ob mit der Entrichtung der *levy* ein (immaterieller) Vermögenswert erworben wird.



Zwar ließe sich argumentieren, dass im Falle des Erwerbs eines aktivierungspflichtigen (immateriellen) Vermögenswerts die Ergebniswirkung aufgrund der Amortisationsaufwendungen zeitlich verteilt über die Nutzungsdauer¹ erfolgt, gleichwohl erscheint es vorzuziehenswert, dass der Entwurf gesamtheitlich auch auf solche Fälle abstellt, die gem. para. 5 (c) derzeit vom Anwendungsbereich ausgeschlossen werden sollen;

- zu para. 5 (e): es könnte aus Gründen der Vollständigkeit als sinnvoll angesehen werden, auch auf solche Fälle abzustellen, bei denen die Kalkulationsgrundlage für die Gebühr erst in einer künftigen Berichtsperiode festgestellt wird.

Frage zu B2:

- a) Beabsichtigen Sie, zum Anwendungsbereich Kritikpunkte in Ihre Stellungnahme aufzunehmen?
- b) Falls ja: welche?

B3. Fragestellung

- 16 Zu diesem Kapitel der DI (para. 6) wurden keine möglichen Kritikpunkte identifiziert.

B4. Beschluss

- 17 Das Kapitel zum Beschluss des Entwurfs gliedert sich in sechs Paragraphen wie im folgenden dargestellt – jeweils mit stichwortartig aufgeführten möglichen Kritikpunkten.
- 18 Paragraph 7 stellt sich wie folgt dar:

The obligating event that gives rise to a liability to pay a levy is the activity that triggers the payment of the levy as identified by the legislation. For example, if the activity that triggers the payment of the levy is the generation of revenues in the current period and the calculation of that levy is based on revenues generated in a previous period, the obligating event for that levy is the generation of revenues in the current period.

¹ Allerdings dürfte im Falle von jährlich anfallenden Gebühren die jeweilige Nutzungsdauer des immateriellen Vermögenswerts einen Zeitraum von einem Jahr nicht übersteigen, so dass eine Aktivierung im Rahmen von IAS 38 regelmäßig nicht vorgenommen würde. Blieben solche Gebühren gleichwohl vom Anwendungsbereich des Entwurfs ausgeschlossen, würde für sie weiterhin keine explizite Regelungen nach IFRS einschlägig sein, so dass diesbezüglich ein faktisches Bilanzierungswahlrecht vorläge (siehe hierzu die in **Anlage 2** zu dieser Sitzungsunterlage in der Themeneingabe dargestellten alternativen Vorgehensweisen in der Praxis).



Mögliche Kritikpunkte hierzu sind:

- der Aussage dieses Paragraphen ist grundsätzlich zuzustimmen;
- fraglich erscheint im hier diskutierten Zusammenhang jedoch die Verwendung der Begriffe *liability to pay* und *the payment*. Nach hier vertretener Meinung kommt es für die Verpflichtung zur Erfassung einer Schuld nicht auf die Zahlung (-sverpflichtung) an, sondern auf die Erfüllung der Voraussetzungen, an die das Gesetz o.ä. die Entstehung der Schuld knüpft. Insofern wäre (in etwa) wie folgt zu formulieren:

“The obligating event that ~~gives rise to~~ creates a present obligation ~~liability to pay a levy is~~ the activity that triggers the ~~payment~~ charge of the levy as identified by the legislation.”

19 Die Paragraphen 8 und 9 stellen sich in Abgrenzung zu Paragraph 7 wie folgt dar:

- 8 An entity does not have a constructive obligation to pay a levy that will arise from operating in a future period as a result of being economically compelled to continue operating in that future period.
- 9 The preparation of financial statements under the going concern principle does not imply that an entity has a present obligation to continue to operate in the future and therefore does not lead to the entity recognising a liability at a reporting date for levies that will arise from operating in a future period.

Mögliche Kritikpunkte hierzu sind:

- in einer Interpretation sollte zum Ausdruck gebracht werden, wie die Regelungen der IFRSs anzuwenden bzw. zu verstehen sind – nicht hingegen, wie sie nicht anzuwenden bzw. zu verstehen sind; vor diesem Hintergrund könnten diese beiden Paragraphen als entbehrlich angesehen werden bzw. eine Streichung im Beschlussteil der Interpretation und eine Aufnahme in den BC-Teil vorgeschlagen werden; dies gilt umso mehr, als
 - ♦ analog zu DI.8 das IFRSIC und auch der IASB bereits an anderer Stelle in Zusammenhang mit IAS 32 darauf hingewiesen haben, dass eine ‘wirtschaftliche Verpflichtung’ (*economic compulsion*) in Zusammenhang mit der Auslegung der IFRSs keine (direkte) Rolle spielt (*economic compulsion* war in der Vergangenheit immer wieder zu Klassifizierungsfragen in Zusammenhang mit IAS 32 (Schulden oder Eigenkapital) diskutiert worden),
 - ♦ analog zu DI.9 aus Beispiel 6 zu IAS 37 (*Legal requirement to fit smoke filters*) ersichtlich ist, dass die Erfassung einer Schuld so lange nach IFRS nicht zulässig ist, wie sich der Bilanzierende der Schuld ‘theoretisch’ noch entziehen könnte, da das verpflichtende Ereignis noch nicht eingetreten ist. Dies gilt selbst dann, wenn von der Fortführung des Unternehmens auszugehen ist.



20 Paragraph 10 stellt sich wie folgt dar:

The liability to pay a levy is recognised progressively if the obligating event occurs over a period of time (ie if the activity that triggers the payment of the levy, as identified by the legislation, occurs over a period of time). For example, a liability to pay a levy is recognised progressively if the obligating event is the progressive generation of revenues in the current period over a period of time.

Mögliche Kritikpunkte hierzu sind:

- diese Beschlusssaussage bezieht sich auf die Frage DI.6 (d), der zufolge die Erfassung einer Schuld alternativ (1.) zu einem Zeitpunkt oder (2.) über die Zeit zunehmend (*progressively over time*) erfolgen kann. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, zunächst die Fälle zu beschreiben, in denen die Schuld 'zu einem Zeitpunkt' zu erfassen ist. Daran anschließend sollte dann auf die Fälle eingegangen werden, in denen die Schuld über die Zeit zunehmend zu erfassen ist (wie es derzeit in DI.9 ausgeführt ist);
- diese Aussage befasst sich nicht unmittelbar mit der Themeneingabe, in der auf den Grundsachverhalt abgestellt wird, dass die schuldbegründende Aktivität und die Bemessungsgrundlage für die Schuld in unterschiedliche Berichtsperioden fallen.

21 Paragraph 11 stellt sich wie folgt dar:

The liability to pay a levy that is within the scope of this draft Interpretation gives rise to an expense.

Mögliche Kritikpunkte hierzu sind:

- wie oben bereits erwähnt, sollte auch auf den Sachverhalt eingegangen werden, dass die Verpflichtung zur Leistung einer Gebühr zu einem zu aktivierenden (immateriellen) Vermögenswert führt; dass das IFRSIC diesbezüglich nicht zu einem mehrheitsfähigen Beschluss gekommen ist, ist als Grund der Nichtadressierung dieses Themas nur schwerlich zu akzeptieren.

22 Paragraph 12 stellt sich wie folgt dar:

The same recognition principles shall be applied in the interim financial statements as are applied in the annual financial statements. As a result, in the interim financial statements, the levy expense should not be:

- (a) anticipated if there is no present obligation to pay the levy at the end of the interim reporting period; or
- (b) deferred if a present obligation to pay the levy exists at the end of the interim period.



Mögliche Kritikpunkte hierzu sind:

- diese Textziffer könnte als redundant angesehen werden, da der Erkenntniswert ihrer Aussage nicht über den Erkenntniswert der Aussage des IAS 34 hinausgeht.

Frage zu B4:

- a) Beabsichtigen Sie, zum Beschlussteil des Entwurfs Kritikpunkte in Ihre Stellungnahme aufzunehmen?
- b) Falls ja: welche?

B5. Anlage A: Zeitpunkt des Inkrafttretens und Übergang

23 Dieses Kapitel des Entwurfs gliedert sich in zwei Paragraphen, wobei Paragraph A1 insofern noch unbestimmt ist, als der Zeitpunkt für die verpflichtende Erstanwendung noch offen gelassen wurde.

24 Paragraph A2 stellt sich wie folgt dar:

Changes in accounting policies resulting from the initial application of this [draft] Interpretation are accounted for retrospectively in accordance with IAS 8 Accounting Policies, Changes in Accounting Estimates and Errors.

Der retrospektiven Anwendung der (Draft) Interpretation ist nach hier vertretener Meinung zuzustimmen, da keine Gründe erkennbar sind, die ein Abweichen von dem den IFRS zugrundeliegenden Kernprinzip (IAS 8) rechtfertigen würden.

Frage zu B5:

- a) Beabsichtigen Sie, zum Beschlussteil des Entwurfs Kritikpunkte in Ihre Stellungnahme aufzunehmen?
- b) Falls ja: welche?

B6. Erläuternde Beispiele

25 Im Abschnitt IE (*Illustrative Examples*) des Entwurfs werden drei Beispiele wie folgt angeführt:

- Beispiel 1: *a levy is triggered progressively as the entity generates revenues in a specific market,*
- Beispiel 2: *a levy is triggered in full as soon as the entity generates revenues in a*



specific market,

- Beispiel 3: *a levy is triggered if the entity operates as a bank at the end of the annual reporting period in a specific market.*

26 Die drei Beispiele ergänzen den Entwurf, sind aber kein Bestandteil der DI und werden demzufolge auch nicht in EU-Recht übernommen. Wenngleich es zur Illustration der DI wünschenswert wäre, auch im Rahmen der später in EU-Recht übernommenen Interpretation unmittelbar und mit gleicher Rechtsverbindlichkeit wie im Rahmen der IFRS (*as issued by the IASB*) auf die Ausführungen in den drei Beispielen zurückgreifen zu können, wird dieser Aspekt nicht als kritisch angesehen.

27 Beispiel 1 stellt streng genommen nicht auf die hier diskutierten Sachfragen ab, da die beiden Ereignisse,

- *the obligating event* und
- *the activity that triggers the payment of the levy as identified by the legislation,*

in die gleiche Berichtsperiode fallen. Insofern könnte das Beispiel als entbehrlich angesehen werden.

Frage zu B6:

- a) Beabsichtigen Sie, zum Abschnitt IE des Entwurfs Kritikpunkte in Ihre Stellungnahme aufzunehmen?
- b) Falls ja: welche?

B7. Sonstiges

28 Inhaltlich weist der Entwurf thematische Verwandtschaft mit der Interpretation IFRIC 6 *Liabilities arising from Participating in a Specific Market–Waste Electrical and Electronic Equipment* auf, so dass auch in Erwägung gezogen werden könnte, den DI bei entsprechender Anpassung des Titels von IFRIC 6 in diesen zu integrieren, so dass sich eine Interpretation zum Thema ergäbe: *Liabilities arising from Participating in a Specific Market*.

29 Wie oben in den Erläuterungen zum Beschlussteil der DI bereits ausgeführt, beschränken sich die Kernaussagen des Entwurfs auf die folgenden Paragraphen:



- DI.7 – verpflichtende Ereignis i.S.v. IAS 37 ist die Aktivität, die die Auferlegung der Gebühr auslöst,
- DI.10 – die Schuld ist über die Zeit zunehmend zu erfassen, wenn das verpflichtende Ereignis “über die Zeit“ eintritt.

Ausgehend von der Themeneingabe ist letztlich nur die Aussage in DI.7 themenspezifisch. Vor diesem Hintergrund könnte argumentiert werden, dass der Entwurf keine ausreichenden neuen Erkenntnisse vermittelt, die die Erarbeitung und Verabschiedung einer Interpretation rechtfertigen.

Frage zu B7:

- a) Halten Sie es für sinnvoll, obige Vorschläge in Ihre Stellungnahme aufzunehmen?
- b) Falls ja: welche Teile sollen übernommen werden?

C. Formelle Betrachtung

- 30 Dem Interpretations Committee sind in Tz. 25 des Handbuchs zur Arbeitsweise des IFRS Interpretations Committee Kriterien vorgegeben, die bei der Festlegung seines Arbeitsprogramms zu beachten sind (siehe hierzu die **Anlage 3** zu dieser Sitzungsunterlage – Auszug aus dem Handbuch).
- 31 Im Juli 2011 wurde dem Interpretations Committee zur Themeneingabe und im Hinblick auf die Agendakriterien folgende Informationen vorgelegt:
- widespread / practical relevance: Kriterium grundsätzlich erfüllt.
 - significantly divergent interpretations: vorrangige Herausforderung ist die Klarstellung des ‘verpflichtenden Ereignisses’.
 - improvement ...: ja.
 - be resolved efficiently: Kriterium grundsätzlich erfüllt.
 - probable ... to reach a consensus: ja.
 - keine konkurrierenden Projekte IASB: Stillstand bzgl. Überarbeitung des IAS 37.
- 32 Sofern das IC den Entwurf vorwiegend deshalb erarbeitet hat, um Klarstellung hinsichtlich des ‘verpflichtenden Ereignisses’ zu erzielen, könnte auch argumentiert werden, dass diese Frage im Rahmen der Abschlussprüfungen und des nachgeschalteten Enforcements durch die entsprechenden Stellen bereits entsprechend geklärt wurde



und es insofern einer Interpretation nicht mehr bedarf.

- 33 In DI.BC3 wird ausgeführt, dass das IC in Bezug auf die *diversity in practice* entsprechend informiert wurde (*was informed*) – diese Formulierung könnte fälschlich den Eindruck erwecken, dass diese Information ungeprüft vom IC übernommen wurde. Es wird eine entsprechende Anpassung der Formulierung angeregt.

Frage zu C:

- a) Halten Sie es für sinnvoll, obige Vorschläge in Ihre Stellungnahme aufzunehmen?
- b) Falls ja: welche Teile sollen übernommen werden?

D. Im Entwurf gestellte Fragen

Hinsichtlich der drei im Entwurf enthaltenen Fragen zu den Themenkomplexen **Scope**, **Consensus** und **Transition** wird auf die Sitzungsunterlage **06_08b** (dort Seite 4) verwiesen. Eine eigenständige Diskussion dieser Fragen erscheint nicht notwendig, da die Themenkomplexe in den vorangegangenen Abschnitten dieser Unterlage bereits diskutiert wurden.

E. Weitere Vorgehensweise

- 34 Zur weiteren Vorgehensweise wird folgendes vorgeschlagen:
- 7. Sitzung des IFRS-FA Ende Juli: Vorlage des Entwurfs einer Stellungnahme an den IASB sowie an EFRAG (zu deren DCL) und Diskussion dieser Unterlagen; die Stellungnahme an EFRAG sollte im Rahmen der 7. Sitzung bzw. im Nachgang dazu verabschiedet werden, da EFRAG voraussichtlich nur bis zum 22. August Stellungnahmen entgegennimmt;
 - 8. Sitzung des IFRS-FA Ende August: Vorlage, Diskussion und Verabschiedung der aufgrund der Diskussionsergebnisse aus der 7. Sitzung überarbeiteten Stellungnahme;
 - bis zum 5. September 2012 Einreichung der Stellungnahme beim IFRSIC.

Frage zu E:

- a) Stimmen Sie diesen Vorschlägen zu?
- b) Falls nein: inwiefern beabsichtigen Sie anders vorzugehen?



Anlage 1

Entwicklungshistorie zu DI/2012/1

Sitzung des IFRSIC	Staff Papers und deren Gegenstand sowie Auszug aus dem Ergebnisbericht
Mai 2011	<p>⇒ Staff Paper No. 15 Entscheidung über die Aufnahme / Nichtaufnahme des Themas in das Arbeitsprogramm von IFRSIC</p> <p>Die Original-Submission ist als Anlage 2 dieser Sitzungsunterlage beigefügt.</p>
	<p>⇒ Ergebnisbericht (IFRIC UPDATE)</p> <p>IAS 37 Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets and IFRIC 6 Liabilities arising from Participating in a Specific Market—Waste Electrical and Electronic Equipment—use of IFRIC 6 by analogy</p> <p>The Interpretations Committee received a request to clarify whether, under certain circumstances, IFRIC 6 should be applied by analogy to other levies charged for participation in a market on a specified date to identify the event that gives rise to a liability. The concern raised relates to when a liability should be recognised.</p> <p>The Committee observed that the levies presented in the submission are all different. Whether and how the consensus in IFRIC 6 would apply to them could vary depending upon the facts of each levy. The Committee also noted that the issue raises the two following fundamental challenges:</p> <ul style="list-style-type: none"> • determining whether the obligating event is the participation in an activity on the date specified by the legislation, or whether other factors create an earlier obligation; and • when the obligating event arises in the current annual period, determining the circumstances when an appropriate portion of the charge can be accrued at an interim reporting date. <p>The Committee directed the staff to review the guidance in IAS 37 on the timing of recognition of a liability and to perform further outreach activities to National Standard Setters to learn about what analysis has already been performed on similar levies that might be helpful to the Committee. The staff will present the results of this further work at the meeting in July 2011.</p>
Juli 2011	<p>⇒ Staff Paper No. 5 Summary Paper (report on Outreach request to NSS; description of the main features of four different levies; EITF 2010-27)</p> <p>⇒ Staff Paper No. 5A Recognition of a liability (applicability of IFRIC 6; analysis of the requirements of IAS 3; Agenda Criteria Assessment)</p> <p>⇒ Staff Paper No. 5B Interim Reporting Issue</p>
	<p>⇒ Ergebnisbericht (IFRIC UPDATE)</p> <p>IAS 37 Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets and IFRIC 6 Liabilities arising from Participating in a Specific Market—Waste Electrical and Electronic Equipment—use of IFRIC 6 by analogy</p> <p>The Interpretations Committee received a request to clarify whether, under certain circumstances, IFRIC 6 should be applied by analogy to other</p>



Sitzung des IFRSIC	Staff Papers und deren Gegenstand sowie Auszug aus dem Ergebnisbericht
	<p>levies charged for participation in a market on a specified date (the activity date/period) to identify the event that gives rise to a liability.</p> <p>The concern relates to when a liability should be recognised: should it be recognised on the activity date/period or on the calculation date/period, being the date/period of the financial (or other) data used to calculate (measure) the amount of the liability?</p> <p>At this meeting, the Committee reviewed a summary of views received from national standard setters and noted that the issue is widespread.</p> <p>Based on views received, the Committee discussed in turn the two following issues:</p> <ul style="list-style-type: none"> • whether the obligating event is the participation in an activity on the date specified by the legislation, or whether other factors create an earlier obligation; and • whether a liability should be recognised in an interim reporting period in situations where the activity date/period and the calculation date/period fall in the same annual financial reporting period. <p>Having assessed the issues against the agenda criteria, the Committee decided to add the first issue onto its agenda with a view to developing guidance, after which the Committee will consider whether such guidance would address the second issue and, if not, whether the second issue should be added to the agenda.</p>
September 2011	<p>⇒ Staff Paper No. 2 Summary Paper (Characteristics of the levies considered: - calculation period and activity period coincide; - calculation date is at the end of the activity period; - calculation period precedes activity period).</p> <p>⇒ Staff Paper No. 2A Recognition of liabilities</p> <p>⇒ Staff Paper No. 2B Recognition of assets</p> <p>⇒ Staff Paper No. 2C Illustrative Examples</p>
	<p>⇒ Ergebnisbericht (IFRIC UPDATE)</p> <p>IAS 37 Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets—levies charged for participation in a market on a specified date</p> <p>The Interpretations Committee received a request to clarify whether, under certain circumstances, IFRIC 6 <i>Liabilities arising from participating in a specific market—Waste Electrical and Electronic Equipment</i> should be applied by analogy to identify the event that gives rise to a liability for other levies charged for participation in a market on a specified date. The concern relates to when a liability should be recognised and to the definition of a present obligation in IAS 37.</p> <p>At the July 2011 meeting, the Committee discussed whether the obligating event is the participation in the market on a specified date specified by the legislation, or whether other factors create an earlier obligation. The Committee decided to add this issue to its agenda with the aim of developing guidance.</p> <p>The Committee also tentatively concluded that IFRIC 6 is not directly applicable, but because IFRIC 6 is an interpretation of IAS 37, any conclusions drawn on the application of IAS 37 to the levies should be consistent with the conclusions drawn in IFRIC 6.</p>



Sitzung des IFRSIC

Staff Papers und deren Gegenstand sowie
Auszug aus dem Ergebnisbericht

	<p>At the September 2011 meeting, the Committee continued its discussions and noted the following:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Any guidance developed on this matter should only address levies charged by public authorities. The guidance should not address payments related to private contractual arrangements. • Economic compulsion to participate in the market in the next period does not create a constructive obligation and does not cause the recognition of a liability in IAS 37. The Committee will consider whether any guidance developed could or should also clarify this point. • The obligation to pay a levy does not automatically create an asset. <p>The Committee directed the staff to further analyse:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Whether the obligating event arises at a point in time or whether in certain circumstances the obligating event arises progressively over time. The Committee also asked the staff to clearly distinguish recognition of the liability from measurement of the liability. • Circumstances in which the obligation is associated with an activity in multiple periods; the staff were asked to identify the obligating event that creates the present obligation in accordance with IAS 37. • With regard to the question of the 'debit' side of the liability, the Committee noted that the obligation to pay a levy may be associated with an expense or with an asset, depending on the characteristics of each levy. The Committee directed the staff to further analyse in which circumstances the obligation to pay a levy might be associated with an expense or an asset. In particular, the Committee asked the staff to distinguish between exchange and non-exchange transactions with public authorities. • Whether a distinction can be made between payments that are analogous to taxes and those that are analogous to licences. • Whether the principles in IAS 12 applicable to income taxes may be relevant to the analysis of the accounting treatment applicable to the levies.
November 2011	<p>⇒ Staff Paper No. 2 Cover Paper incl. Characteristics of the levies considered</p> <p>⇒ Staff Paper No. 2A Date of Recognition of a liability</p> <p>⇒ Staff Paper No. 2B Debit side of the liability</p>
	<p>IAS 37 Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets—Levies charged for participation in a market on a specified date</p> <p>The Interpretations Committee received a request to clarify ...</p> <p>At the July 2011 meeting, the Committee decided to add this issue to its agenda with the aim of developing guidance.</p> <p>At the November 2011 meeting, the Committee continued its discussions and noted the following:</p> <ul style="list-style-type: none"> • An entity does not have a constructive obligation to pay a levy that arises from operating in a future period, even if the entity is economically compelled to continue operating in that future period. • The going concern principle does not lead to the recognition of a liability at a reporting date for levies that arise from operating in the future. • The obligating event in accordance with IAS 37 is the last of the necessary events that is sufficient to create the present obligation. Consequently, for example, the obligating event for a levy that is charged



Sitzung des IFRSIC

Staff Papers und deren Gegenstand sowie
Auszug aus dem Ergebnisbericht

	<p>if the entity undertakes discrete activities both in the current and in the previous period is the activity in the latter period as identified by the legislation.</p> <ul style="list-style-type: none"> • The obligating event arises progressively if the activity that creates the present obligation occurs over a period of time. For example, a liability is recognised progressively if the obligating event as identified by the legislation is the generation of revenues over a period of time. • The liability for the obligation to pay a levy gives rise to an expense, unless the levy is an exchange transaction in which the entity that pays the levy receives assets or future services in consideration for the payment of the levy. <p>The Committee directed the staff to test the principle that the obligating event arises progressively if the activity that creates the present obligation occurs over a period of time. The Committee directed the staff to test this principle against specific examples and to provide the Committee with proposed guidance to consider this issue at a future meeting.</p>
Januar 2012	<p>⇒ Staff Paper No. 3 Cover Paper incl.</p> <ul style="list-style-type: none"> - examples - accounting in the interim financial statements - minimum thresholds - next steps to be taken
	<p>IAS 37 Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets—Levies charged for participation in a specific market (date of recognition of a liability)</p> <p>The Interpretations Committee received a request to clarify ...</p> <p>At the July 2011 meeting,</p> <p>At the November 2011 meeting, ...</p> <p>At the January 2012 meeting, the Committee reviewed and agreed with some examples that illustrate the application of the principles identified above. The Committee also noted that, in accordance with IAS 34 Interim Financial Reporting, the same recognition principles should be applied in the interim financial statements as are applied in the annual financial statements.</p> <p>The Committee tentatively decided to develop an interpretation on the accounting for levies charged by public authorities on entities that participate in a specific market. The consensus would be based on the principles identified above and would include illustrative examples.</p> <p>With respect to levies that are due only if a minimum threshold is achieved, the Committee could not reach a consensus as to whether:</p> <ul style="list-style-type: none"> • The threshold is an obligating event (ie is a recognition criterion) and the liability should be recognised at a point in time only after the threshold is met; or • the threshold is a measurement criterion and the liability should be recognised progressively as the entity generates revenue (if the threshold is expected to be met) in accordance with the fourth principle noted at the November 2011 meeting. <p>The Committee noted that IAS 34 provides some guidance on the accounting for tax liabilities within the scope of IAS 12 Income Taxes and contingent lease payments within the scope of IAS 17 Leases. The Committee decided to ask the Board whether the Board thinks that the</p>



Sitzung des IFRSIC	Staff Papers und deren Gegenstand sowie Auszug aus dem Ergebnisbericht
	<p>rationale developed in these examples:</p> <ul style="list-style-type: none"> • only applies to interim financial statements or also applies to annual financial statements; and • is consistent with the core principle of IAS 34 Interim Financial Reporting that the same recognition principles should be applied in both the annual and the interim financial statements. <p>At the March 2012 meeting, the Committee will consider the Board's feedback and discuss again the issue of levies that are due only if a threshold is passed.</p> <p>The Committee also asked the staff to consult the Board on whether they think that the characteristics of the levies that would be within the scope of the interpretation are such that they would warrant special treatment. So far, the Committee considers that it is appropriate to treat them under IAS 37.</p>
März 2012	<p>⇒ Staff Paper No. 2 Cover Paper incl.</p> <ul style="list-style-type: none"> - transition issues - accounting for levies that are due only if a threshold is met - proposed withdrawal of IFRIC 6 - appendix A: Draft Interpretation <p>⇒ Staff Paper No. 2A – N.A</p> <p>⇒ Staff Paper No. 2B Revised draft Interpretation</p>
	<p>IAS 37 Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets—Levies charged for participation in a specific market (date of recognition of a liability)</p> <p>The Interpretations Committee received a request to clarify whether, under certain circumstances, IFRIC 6 Liabilities arising from participating in a specific market—Waste Electrical and Electronic Equipment should be applied by analogy to identify the obligating event that gives rise to a liability for other levies charged by public authorities on entities that participate in a specific market. The concern relates to when the liability to pay a levy should be recognised and to the definition of a present obligation in IAS 37.</p> <p>At the March 2012 meeting, the Committee discussed a draft interpretation presented by the staff. The Committee confirmed its previous decision to develop an interpretation based on the principles identified by the Committee (see January 2012 IFRIC Update). The interpretation will address the accounting for levies other than income taxes that are within the scope of IAS 12 Income Taxes. The Committee decided to limit the scope of the interpretation to levies that are non-exchange transactions (ie transactions in which the entity paying the levy does not receive any specific asset directly in exchange for the payment of the levy). The Committee decided not to address in the interpretation the accounting for levies subject to a revenue threshold, because the Committee could not reach consensus on that topic. The staff will present a revised draft interpretation for the Committee's approval at the May 2012 Committee meeting.</p>
Mai 2012	<p>⇒ Staff Paper No. 2 Cover Paper incl. Draft Interpretation</p>
	<p>IAS 37 Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets—Levies charged for participation in a specific market (date of recognition of a liability)</p>



The Committee received a request to clarify whether, under certain circumstances, IFRIC 6 Liabilities arising from participating in a specific market—Waste Electrical and Electronic Equipment should be applied by analogy to identify the obligating event that gives rise to a liability for other levies charged by public authorities on entities that participate in a specific market. The concern relates to when the liability to pay a levy should be recognised and to the definition of a present obligation in IAS 37.

At the May 2012 meeting, the Committee reviewed a draft interpretation presented by the staff that addresses the accounting for levies charged by public authorities on entities that operate in a specific market. The Committee decided to publish for public comment the draft interpretation with a comment period of 90 days. Twelve Committee members supported this decision and one objected. One Committee member was absent.

The draft interpretation addresses the accounting for levies that are recognised in accordance with IAS 37. It does not address the accounting for income taxes that are within the scope of IAS 12 *Income Taxes*.

The Committee reached the following consensus in the draft interpretation:

- The obligating event that gives rise to a liability to pay a levy is the activity that triggers the payment of the levy as identified by the legislation. For example, if the activity that triggers the payment of the levy is the generation of revenues in the current period and the calculation of the levy is based upon revenues generated in a previous period, the obligating event for that levy is the generation of revenues in the current period.
- An entity does not have a constructive obligation to pay a levy that will arise from operating in a future period as a result of being economically compelled to continue operating in that future period.
- The preparation of financial statements under the going concern principle does not imply that an entity has a present obligation to continue operating in the future and therefore does not lead to the recognition of a liability at a reporting date for levies that will arise from operating in a future
 - period.
- The liability to pay a levy is recognised progressively if the obligating event occurs over a period of time (ie if the activity that triggers the payment of the levy as identified by the legislation occurs over a period of time). For example, a liability to pay a levy is recognised progressively if the obligating event is the generation of revenues in the current period over a period of time.
- The liability to pay a levy that is within the scope of this interpretation gives rise to an expense.
- The same recognition principles shall be applied in the interim financial statements as are applied in the annual financial statements. As a result, in the interim financial statements, the levy expense should not be:
 - anticipated if there is no present obligation to pay the levy at the end of the interim reporting period; or
 - deferred if a present obligation to pay the levy exists at the end of the interim period.



Anlage 2

Themeneingabe zu *Levies* beim IFRSIC

- Submission**
- als **Appendix A** zu Staff Paper 15 vom Mai 2011
 - die als **Appendix C** zu Staff Paper 15 vom Mai 2011 dargelegten “Additional information gathered on the examples in the submission” werden im Rahmen dieser Anlage 2 ebenfalls wiedergegeben

Submission to the IFRS Interpretations Committee

IFRSIC POTENTIAL AGENDA ITEM REQUEST

IAS 37, Provisions – Identification of the obligating event

IFRIC 6, Liabilities arising from Participating in a Specific Market – Waste Electrical and Electronic Equipment: Application by analogy to levies charged for participation in a market on a specified date

Background

Several jurisdictions have recently introduced levies on entities operating in specific industries, for example banking, insurance and railways. A common feature of several of these levies is that they are payable only if an entity participates in its market on a specified date (“the specified date”). For example, some levies are calculated as a percentage of revenues in Year 1 but are payable only if the entity participates in its market on the first day of Year 2. Others are determined by reference to the carrying value of assets or liabilities at the end of the financial year. The specified date, which determines whether the tax is paid, is usually at the beginning or the end of a calendar or financial year.

The levies addressed in this request are not determined by reference to taxable or net profit and are therefore not in the scope of IAS 12. The obligation to pay the levy is recognised and measured in accordance with IAS 37.

The issue

There are different views about whether the obligating event is participation in the market during the period prior to the specified date or being in business on the specified date. There is consequently diversity in views about when the obligation to pay the levy is recognised and whether the guidance in IFRIC 6 should be applied by analogy.

There is concern that applying IFRIC 6 by analogy disconnects the recognition of the liability from the activities to which the levy relates, particularly when the entity has no realistic alternative but to remain in the market on the specified date. For example, a railway operator might be required to pay a levy based on revenues in Year 1, but only if the entity participates in its market on 1 January Year 2. Applying IFRIC 6 by analogy would delay recognition of the obligation until 1 January Year 2. This does not appear to reflect the substance of the levy as the operator has no realistic alternative but to continue in the market. There are also many situations in which an entity expects and intends to remain in the market until the specified date and has created an expectation that it will continue in the market.

The alternative views

View 1A: Analogy to IFRIC 6; provision recognised in full on the specified date

IFRIC 6.9 states that ‘participation in the market during the measurement period is the obligating event in accordance with paragraph 14(a) of IAS 37.’ Therefore there is no obligation to pay the levy until the enti-



ty participates in the market on the specified date, which is when the levy is recognised, even though the levy might be measured by reference to revenues in the previous period.

Some argue that an entity might not be able to avoid participating in the market at the specified date or might intend and expect to continue operating. The entity therefore has a constructive obligation at an earlier date. IFRIC 6.BC10 rejects this argument, stating that ‘a provision can be recognised only in respect of an obligation that arises independently of the entity’s future actions...Consequently, no obligation exists...until the entity participates in the market during the measurement period.’

IAS 37.14 therefore precludes recognition of a liability for the levy until the specified date, even if this is after the end of the period in which activities on which the levy is based occurred. A provision for the full amount of the levy is recorded as a liability and an expense on the specified date.

View 1B: Analogy to IFRIC 6; provision recognised prospectively over the subsequent accounting period

Consistent with view 1A, the obligating event is participation in the market on the specified date. However, the substance of the levy is an annual charge for participation in the market and the expense is therefore recognised over the accounting period beginning on the specified date.

A prepayment is recognised at the same time as the liability and is amortised over the subsequent twelve months, reflecting consumption of the economic benefits to which the entity is entitled by being allowed to participate in the market. The prepayment is recognised even if the levy is not refundable because the substance is an annual charge for the right to do business.

View 2: No analogy to IFRIC 6; provision recognised progressively throughout the period

IFRIC 6 applies specifically to liabilities for waste management under the EU directive on waste electrical and electronic equipment. It should not be applied by analogy in different circumstances.

An entity might have no realistic alternative but to remain in its market until the specified date (and possibly beyond). For example, an entity might be bound by the terms of a license or other contractual terms to continue to operate. The costs of exiting the market might be so high that the entity cannot realistically exit the market and continue as a going concern. The requirement to participate in the market on the specified date is not substantive in these circumstances, so the entity creates a constructive obligation to pay the levy as it operates.

An entity should recognise a constructive obligation to pay the levy if it cannot realistically exit the market or if it intends and expects to remain in the market and has made that intention clear. The substance of the levy is a charge on entities operating during the period prior to the specified date. The obligation to pay the levy and the related expense are therefore recognised progressively throughout the year and reflect the measurement basis for the levy at each interim reporting date. The obligation for a levy based on revenue is measured by reference to revenues earned in an interim period. The liability for a levy based on assets or liabilities is measured by reference to the expected carrying values on the balance sheet at the specified date, time apportioned by reference to the interim period.

Reasons for the IFRSIC to address the issue:

We believe that the IFRS Interpretations Committee should clarify the extent to which IFRIC 6 should be applied by analogy because:

- there are diverse interpretations and approaches in practice; and
- accounting by analogy to IFRIC 6 does not reflect the economic substance of some obligations.

The approach required by IFRIC 6 is simple, but does not recognise that in many cases an entity has no realistic opportunity to withdraw from a market before the legal obligation arises.

When an entity has no realistic alternative but to remain in the market or expects and intends to remain in the market and incur the levy, IFRIC 6 does not reflect the substance of the levy. Progressive recognition throughout the reporting period under view 2 results in recognition of an expense in the period to which it relates and would be better understood by users.



Appendix: Illustrative examples

1. Railway turnover levy in France

A new tax was implemented in France just before 31 December 2010. The tax only applies to railway activities. It is payable by entities that are in the market on 1 January 2011 and is a percentage of the prior year's turnover. This tax is a recurring tax and will be charged each financial year.

2. Turnover levy for all activities in France (Contribution sociale de solidarité des sociétés)

This levy was introduced in 1970. It is payable by entities that realise an annual turnover higher than 760 000€ in year Y and that exist on 1 January. The levy is determined as a percentage of turnover.

3. UK banking levy

The UK government has introduced legislation for a levy on banks and other financial institutions. For banks and building societies, the levy is based on the sum of certain categories of financial liabilities and equity ("chargeable liabilities"). A fixed percentage is applied to the total of the chargeable liabilities at the entity's balance sheet date. As a matter of practicality, the levy is collected as part of the corporation tax regime and is therefore paid in 4 instalments falling due in months 7, 10, 13 & 16 after the start of the financial year to which the levy relates.

This levy is a recurring levy, charged each financial year to all entities within a defined sector whose chargeable liabilities meet certain size criteria. If an entity's financial year is longer or shorter than 12 months (for example, where a change in financial year occurs), the levy is pro-rated to reflect the increased or decreased number of days in the reporting period.

4. Hungarian bank tax

On 22 July 2010, the Hungarian Parliament passed a Bill introducing a special tax (or "bank tax", as it is generally known), which is payable by a wide range of financial organisations, including banks, insurance companies, investment funds, and other financial services companies.

The calculation base and percentages vary between types of entities. For example for banks, taxes are payable based on adjusted balance sheet total, while the tax base for insurers is the adjusted premium income. The tax was introduced for three years and is currently scheduled to expire as of 1 January 2013. The tax for all three years is calculated using 2009 financial data. Any financial services company that is in operation as of 1 January 2011 and 2012 is liable for payment of the full amount of banking tax for the respective years, even if they terminate all activities later during the year. In some highly regulated industries (for example, banking and insurance) exiting the Hungarian market is extremely complicated and time consuming, therefore in most cases avoiding the tax payment by exiting the market is not a practical option.

Additional information gathered on the examples in the submission

UK bank levy—information from Schedule 19 of the Finance (n°3) Bill for 2011

- C1. Currently, draft legislation in the UK sets out future requirements for a levy that would be charged on UK banks for periods of account ending on or after 1 January 2011. The amount of the levy is based on the value of certain types of the banks' liabilities and equity as at the last day of the annual financial reporting period. The draft legislation was published in Schedule 19 as part of the Finance (n° 3) Bill 2011.
- C2. We reproduce below paragraph 4 of Schedule 19 as presented in the Finance (n°3) Bill for 2011 that sets out the framework of the banks' obligation:



- (1) The bank levy is charged if, as at the end of a period of account (“the chargeable period”) of an entity (“the parent entity”)
 - (a) the parent entity is a parent and is not a subsidiary of any other entity, and
 - (b) the group (“the relevant group”) for which the parent entity is the parent is a group within sub-paragraph (2).
- C3. From our reading of the detailed documentation on the UK bank levy in Schedule 19, we have identified the following items in connection with the analysis of the timing of recognition of the liability:
 - (a) the levy is charged on a ‘specified date’ (paragraph 4(1) of Schedule 19);
 - (b) the specified date is ‘the end of a period of account’, also referred to as ‘the chargeable period’ (paragraph 4(1) of Schedule 19);
 - (c) ‘a period of account’ in relation to an entity is defined as a period for which the entity prepares financial statements (consolidated or otherwise) (paragraph 69(1) of Schedule 19);
 - (d) references to consolidated financial statements for a period include references to a [...] consolidated statement of financial position as at the last day of the period (paragraph 41(2) of Schedule 19); and
 - (e) if the chargeable period is not 12 months, then measurement is proportional to the length of the period (paragraph 6(2) step 6 of Schedule 19).
- C4. The levy is charged at the end of a period of account, but some instalments are paid before this date on the basis of an estimate of the amount that will be payable.
- C5. If the bank does not have chargeable liabilities exceeding £20 billion at the end of the relevant period of account, it will not be liable to pay any tax.
- C6. We note that the legislation is expected to be enacted in July 2011.

Railway taxes

- C7. The ‘loi de finance pour 2011’ (the Finance Bill) in France imposes a new tax (referred to as the CST) from 1 January 2011. This tax has the following features:
 - (a) it is due from railway entities that are authorised to operate the railway network on 1 January N; and
 - (b) its amount is measured based on revenue for the immediately preceding annual financial reporting period, ie N-1.
- C8. The European Union Railway Safety Directive requires that a railway company must obtain a safety certificate from the relevant authorities to operate on the railway network. That certificate is granted for a five-year period and authorises the entity to operate the railway network.
- C9. The safety certificate must be renewed upon application by the railway undertaking at intervals not exceeding five years. It must be wholly or partly updated whenever the type or extent of the operation is substantially altered.



Anlage 3

Auszug aus dem *Handbuch zur Arbeitsweise des IFRS Interpretations Committee*
(hier Tz. 24 und 25 zur Phase 2 des formellen Verfahrens: Festlegung des Arbeitsprogramms)

Stage 2: Setting the agenda

- 24 The Interpretations Committee decides after debate in a public meeting whether to add an issue to its agenda.
- 25 The Committee assesses proposed agenda items against the following criteria. An issue does not have to satisfy all the criteria to qualify for the agenda.
- (a) The issue is widespread and has practical relevance.
 - (b) The issue indicates that there are significantly divergent interpretations (either emerging or already existing in practice). An item will not be added to its agenda if IFRSs are clear, with the result that divergent interpretations are not expected in practice.
 - (c) Financial reporting would be improved through elimination of the diverse reporting methods.
 - (d) The issue can be resolved efficiently within the confines of existing IFRSs and the Conceptual Framework, and the demands of the interpretation process. The issue should be sufficiently narrow in scope to be capable of interpretation, but not so narrow that it is not cost-effective for the Committee and its constituents to undertake the due process associated with an Interpretation.
 - (e) It is probable that the Committee will be able to reach a consensus on the issue on a timely basis.
 - (f) If the issue relates to a current or planned IASB project, there is a pressing need to provide guidance sooner than would be expected from the IASB's activities. The Committee will not add an item to its agenda if an IASB project is expected to resolve the issue in a shorter period than the Committee requires to complete its due process.